

Müssen wir das Klima vor dem Klimarappen schützen?

Autor(en): **Isler, Res / Buri, Jürg**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES**

Band (Jahr): - **(2006)**

Heft 1: **Erneuerbare Energien im Aufwind**

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-586259>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Müssen wir das Klima vor dem Klimarappen schützen?

Die CO₂-Emissionen in der Schweiz gehen nicht zurück. Anstelle der gesetzlich vorgeschriebenen CO₂-Lenkungsabgabe wird seit letztem Oktober der Klimarappen als neue private Steuer auf Benzin und Diesel erhoben. Damit sollen 90% der Emissionsreduktion im Ausland erbracht werden. Ist das klimapolitischer Ablasshandel oder ein Beitrag zum globalen Klimaschutz?

Von **Res Isler**, Jurist/Umweltwissenschaftler, islerres@gmx.ch
und **Jürg Buri**, Geschäftsleiter SES
juerg.buri@energienstiftung.ch

Der bislang grösste Erfolg der internationalen Staatengemeinschaft, die globalen Treibhausgas-Emissionen zu reduzieren, war die Verabschiedung des Protokolls von Kyoto am 11. Dezember 1997. Gemäss CO₂-Gesetz hat sich die Schweiz darin verpflichtet, die CO₂-Emissionen bis 2010 gegenüber 1990 um 10% zu senken.

Die CO₂-Abgabe wirkt in der Schweiz

Die im Gesetz vorgesehene CO₂-Abgabe hätte die CO₂-Emissionen im Inland reduziert. Dies hätte nebst der moralischen Pflichterfüllung weitere volkswirtschaftliche

Vorteile für die Schweiz gebracht:

1. weniger CO₂ heisst weniger Luft-Schadstoffe. Laut BafU (ehemals BUWAL) liessen sich mit einer CO₂-Reduktion von 10% Gesundheitsschäden von jährlich 200 Millionen Franken vermeiden und Wohlfahrtsgewinne von mindestens 800 Millionen Franken erzielen.
2. Eine Lenkungsabgabe auf Treibstoffen setzt dauerhafte Anreize für einen effizienteren Umgang mit Energie, fördert indirekt energiesparende Technologien und schafft Arbeitsplätze.
3. weniger CO₂ heisst weniger Abhängigkeit von erdölexportierenden Ländern.

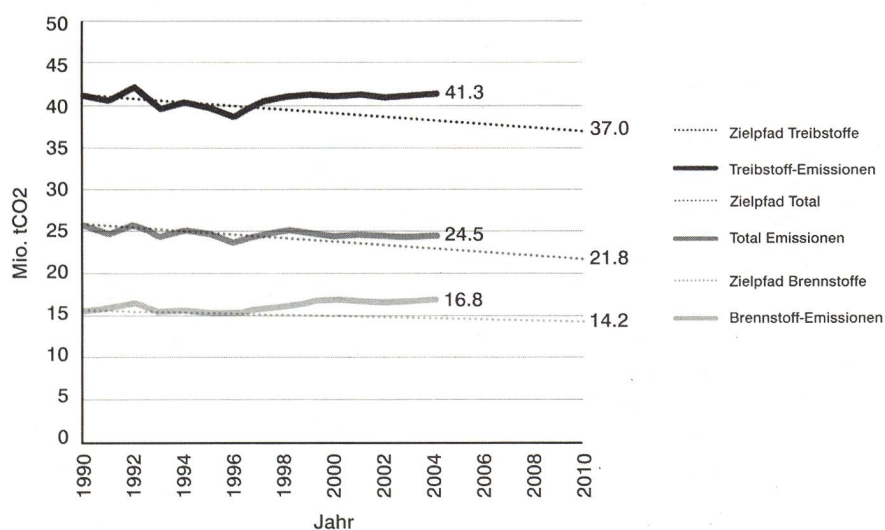
Privatisierter Klimaschutz

Der hohe Ölpreis und der Druck der Benzin- und Energieverkäufer haben die Einführung einer CO₂-Ab-

gabe bisher verhindert. Dies obwohl die Schweiz die tiefsten Benzin- und Heizölkosten von ganz Westeuropa hat und der Feinstaubalarm gerade vorbei und der nächste Sommersmog vor der Türe steht. Stattdessen hat der Bundesrat im Treibstoffbereich den Klimarappen eingeführt und die Reduktionsverantwortung der Stiftung Klimarappen (einer privaten Stiftung der Wirtschaft) übertragen. Seit dem letzten Oktober werden 1,5 Rappen pro Liter Benzin und Diesel als neue Klimasteuer abgeschöpft. So kommen bis im Jahr 2012 gegen 740 Millionen zusammen. Bis 2012 muss die Stiftung jährlich 1,8 Mio Tonnen CO₂ einsparen. Das will sie mittels Energieprojekten im Inland und vor allem mittels Kauf von Verschmutzungsrechten im Ausland erreichen.

Im Ausland ist es billiger

Statt bei uns weniger Benzin zu verfahren, hat sich das Parlament für den Klimaschutz im Ausland entschieden. Die Reduktion einer Tonne CO₂ in Afrika ist 10-mal billiger als in der Schweiz. Im Rahmen der so genannten Kyoto-Mechanismen (vgl. Kasten) kauft die Klimarappenstiftung CO₂-Emissionszertifikate im Ausland ein. Dies erscheint auf den ersten Blick ökonomisch günstig und ökologisch effektiv zu sein. Dabei darf aber nicht vergessen werden, dass damit die erwähnten volkswirtschaftlichen Vorteile für unser Land ausbleiben. Die 200 Millionen Franken, welche die Stiftung in den nächsten Jahren in ausländische Emissionszertifikate inves-



Entwicklung der CO₂-Emissionen gemäss CO₂-Gesetz (Zeitreihe 1990–2010), Angaben in Millionen Tonnen CO₂. Die gestrichelten Linien markieren den jeweiligen Zielpfad mit dem zu erreichenden Emissionswert im Jahre 2010 (Total -10%, Treibstoffe -8% gegenüber den Ausgangswerten von 1990). Die Emissionswerte der Brennstoffe sind klimakorrigiert.

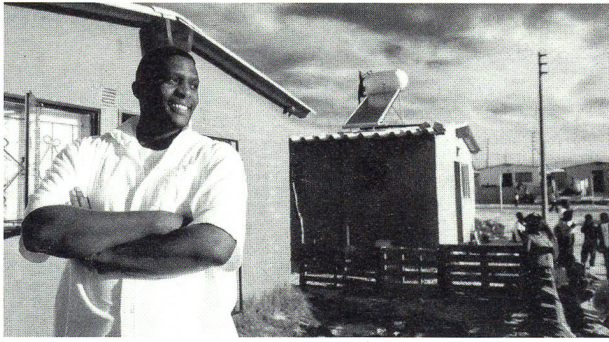


Foto: southsouthnorth

CH-Klimaschutz im Ausland: Wenn, dann SO!

Positives CDM-Projekt nach «Gold Standard» in den Townships von Kapstadt. Hier werden Häuser isoliert, Solaranlagen und Energiesparlampen montiert. Neben der Reduktion der CO₂-Emissionen hat dieses Projekt positive Sekundäreffekte für die arme Bevölkerung. Die Energiekosten werden gesenkt, die Wohnqualität und der Gesundheitszustand nehmen zu, es werden Arbeitsplätze geschaffen. www.southsouthnorth.org / www.cdmgoldstandard.org

CH-Klimaschutz im Ausland: SO NICHT!

Schlechtes CDM-Projekt im Süden von Brasilien. Das Aufforstungsprojekt «Plantar» mit Eukalyptus-Monokulturen zerstört die dortige Umwelt und bringt dem Klimaschutz langfristig gar nichts. Aufforstungsprojekte sind problematisch, weil dadurch nur vorübergehend CO₂ gebunden wird. Eukalyptusplantagen erfordern einen grossen Einsatz an Herbiziden, saugen das Grundwasser aus und reduzieren die Biodiversität.

www.sinkswatch.org / www.cdmwatch.org



Foto: Sinkswatch/Jutta Kill

tieren wird, ist für unsere Volkswirtschaft auf immer verlorenes Geld! Die Auslandsinvestition bringt keine Vorteile im Sinne einer wirtschaftlichen Nachhaltigkeit. Die Anreize für klimaschonendes Verhalten fehlen.

Verschmutzungsrechte aus Afrika

Bezüglich der Zertifikatspreise und deren Entwicklung besteht heute eine grosse Unsicherheit. Die Nachfrage übersteigt bereits heute das Angebot. Die Zertifikatspreise im internationalen Markt sind seit Anfang 2005 um die Hälfte gestiegen. Heute kostet die Reduktion einer Tonne CO₂ ungefähr 20 Franken. Dieser Trend wird sich fortsetzen, da die reichen Industrienationen nach günstigen Verschmutzungsrechten dürsten. Weil die Entwicklungsländer auf die winkenden Devisen nicht verzichten möchten, werden zertifizierbare Klimaschutzprojekte in Windeseile aus

dem Boden gestampft. Dabei kann das eigentliche Ziel der Kyoto-Mechanik, nämlich die CO₂-Reduktion, aber auf der Strecke bleiben. Deshalb haben internationale Umweltverbände den so genannten «Gold Standard» entwickelt. Dieser zeichnet Projekte aus, die tatsächlich Treibhausgase reduzieren und die Anforderungen an den Umweltschutz und die Nachhaltigkeit erfüllen.

Die Südsicht

Die Frage, nach welchen Standards Klimaprojekte im Ausland durchgeführt werden, ist insbesondere aus zwei Gründen zentral. Auf der einen Seite muss sichergestellt werden, dass die Projekte dem Kriterium der «Additionalität» entsprechen. Zertifikate werden nur dann vergeben, wenn es sich um Projekte handelt, die zu zusätzlichen Emissionsminderungen führen, die ohne CDM- und JI-Projekte (vgl. Kasten) nicht stattgefunden hätten. Emissionsreduktionsprojek-

te, welche von einer Firma sowieso aufgrund rein ökonomischer Interessen (z.B. Senkung der Energiekosten) durchgeführt würden, dürfen nicht unter dem Deckmantel der flexiblen Mechanismen des Kyoto-Protokolls durchgeführt und vermarktet werden. Auf der anderen Seite ist zu vermeiden, dass mit Klimaprojekten die Umweltschutzgesetzgebung in Entwicklungsländern gebremst oder verhindert wird. Dies kann zum Beispiel dort geschehen, wo strengere Umweltstandards das Potenzial des Emissionshandels unterminieren und aus der Sicht dieser Länder somit kein Interesse besteht, Umweltgesetze einzuführen oder zu verschärfen.

Fazit

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass der internationale Emissionshandel zu effizienter CO₂-Reduktion führen kann, sofern bei allen Projekten der «Gold Standard» eingehalten wird. Wenn nicht, verkommt der Zertifikatehandel zum klimapolitischen Ablasshandel. Mittelfristig muss auch die Schweiz ihre hohen CO₂-Emissionen massiv reduzieren, wenn wir die plus-2-Grad-Grenze einhalten wollen. Hierfür ist die CO₂-Abgabe das einzig richtige und volkswirtschaftlich billigste Instrument. Davon war die bürgerliche Parlamentsmehrheit vor einigen Jahren noch überzeugt. Heute setzt sie auf neue private Steuern und Subventionen – zu Lasten des Klimas und des wirtschaftlichen Aufschwungs.

Kyoto-Mechanismen

Im Kyoto-Protokoll werden neben der Festlegung der Reduktionsziele für die einzelnen Länder auch die so genannten flexiblen Mechanismen angeführt. Unter flexiblen Mechanismen werden marktwirtschaftliche Instrumente verstanden, die es den Industriestaaten ermöglichen, einen Teil ihrer Verpflichtungen zur Reduktion der Treibhausgasemissionen durch Aktivitäten in anderen Ländern bzw. durch den Handel von Emissionsrechten (**Emission Trading**) einzulösen. Im Rahmen des **Clean Development Mechanism (CDM)** können Industriestaaten durch Klimaschutz-Projekte in Entwicklungsländern national anrechenbare Reduktionszertifikate (sog. Credits) erwerben. Mit Hilfe der **Joint Implementation (JI)** soll in projektbezogenen Kooperationen mit anderen Industriestaaten die Reduktion von klimarelevanten Schadstoffen erreicht werden. Länder mit hohen Emissionsreduktionskosten können durch Technologietransfer in andere Länder national anrechenbare Credits erwerben.